Verordnungsblatt.

Herausgegeben vom

Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Jahrg. 1873.

(Ausgegeben und versendet am 7. August 1873.)

Nr. 3.

I.

Reichs- und Landes - Gesetze und Verordnungen.

Erlaß der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 4. Jänner 1873,
Z. 38.839, Mag. Z. 10.897,

Vorschriften über die Requisitionen wegen österreichischer in Ungarn domizilirender Stellungspflichtiger.

Laut Eröffnung des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 23. Dezember 1872 Nr. 15.675/3602 II hat das k. ungarische Landesvertheidigungs-Ministerium bezüglich der Requisitionen wegen österreichischer, sich in Ungarn aufhaltender Stellungspflichtiger als Uebelstand hervorgehoben, daß die hierseitigen Unterbehörden häufig mehrere solcher Requisitionen in ein Dienstschreiben zusammenziehen und zugleich geltend gemacht, daß die Kumulirung mehrerer solcher Requisitionen den ungarischen Behörden die erforderlichen Recherchen erschwere und Verzögerungen verursache.

Um diesen Uebelständen zu begegnen, hat das h. k. k. Ministerium für Landesvertheidigung unter Einem Nachstehendes anzuordnen befunden:

1. Die hierseitigen politischen Ergänzungsbehörden erster Instanz haben in solchen Fällen wegen jedes in Ungarn befindlichen Stellungspflichtigen ein abgesondertes Requisitionsschreiben an die betreffende ungarische politische Ergänzungsbehörde erster Instanz zu richten.

2. Entspricht diese ungarische Ergänzungsbehörde einem solchen Ansuchen nicht rechtzeitig, so hat die erwähnte hierseitige Behörde die Anzeige hierüber an ihre zuständige politische Ergänzungsbehörde zweiter Instanz zu erstatten.

Hievon wird der Wiener Magistrat zur Wissenschaft und Darnachachtung in die Kenntniß gesetzt.

Erlaß des k. k. Statthalters von Niederösterreich vom 4. Jänner 1873,
Z. 105, Mag. Z. 3888,

womit die Frage über die Kompetenz zu Recursentscheidungen in Sanitätsangelegenheiten entschieden wird.

Mit Bezug auf den Bericht vom 27. Juli 1872, Z. 109.735, womit die Frage über die Kompetenz zu Recursentscheidungen in Sanitätsangelegenheiten angeregt wurde, finde ich dem Wiener Magistrate Folgendes zu bedeuten:

Recurse gegen aus Sanitätsrücksichten getroffene Verfügungen des Magistrates sind, wenn dieselben auch die Anordnung baulicher Herstellungen in sich begreifen, von der k. k. Statthalterei der Entscheidung zuzuführen.

Erst wenn es sich um die wirkliche Ausführung solcher Baulichkeiten handelt, tritt nach Maßgabe der Wiener Bauordnung vom 2. Dezember 1868 die Kompetenz der Wiener Bau-
deputation ein, welche daher über alle Recurse zu entscheiden hat, die gegen magistratische Anordnungen in Bezug auf die Art und Weise der Bauausführung selbst ergriffen werden.

Sollte übrigens auch für solche in die Kompetenz der Wiener Baudeputation fallende Recursangelegenheiten ein Gutachten vom sanitären Standpunkte nothwendig oder wünschenswerth erscheinen, so werde ich in solchen Fällen die vorläufige Einvernehmung des Sanitätsdepartements der Statthalterei veranlassen.

Hiernach hat sich der Magistrat auch bei Vorlage der Recursverhandlungen zu benehmen. Die Beilagen des obbezogenen Berichtes folgen zurück.

Rundmachung des Bürgermeisteramtes Neulerchenfeld vom 4. Jänner 1873,
Mag. Z. 18.479,

betreffend die Grenzregulirung zwischen Fünshaus und Neulerchenfeld.

In Folge der Gemeindebeschlüsse von Fünshaus und Neulerchenfeld, dann der Genehmigung des hohen n. ö. Landesauschusses vom 18. Dezember 1872, Zahl 21.718, nach früher erfolgtem Erlasse der h. k. k. n. ö. Statthalterei vom 22. Oktober 1872, Zahl 28.713, und dem hohen Landtagsbeschlusse vom 25. November 1872 und sohin über hohen Statthaltereierlaß vom 30. Dezember 1872, Zahl 38.641, ist die Grenzregulirung zwischen Neulerchenfeld und Fünshaus derart durchgeführt worden, daß jener Theil der Katastral- und Ortsgemeinde Fünshaus, welcher zwischen dem Ottakringerbach und dem Straßenmittel der künftig verlängerten Wiener Burggasse gelegen ist (Section II der Schmelzer Parzellirung), aus dem Gebiete der Orts- und Katastralgemeinde Fünshaus ausgeschieden und die Zutheilung desselben zur Katastral- und Ortsgemeinde Neulerchenfeld genehmiget wurde.

Nach dem obigen hohen Landtagsbeschlusse ist auch der Ausscheidung dieses Gebietstheiles aus dem Sprengel des k. k. Bezirksgerichtes Sechshaus und der Zutheilung desselben zu jenem des k. k. Bezirksgerichtes Hernals die Zustimmung ertheilt worden.

Die Ausscheidung und Zutheilung hat demnach dem nunmehr genehmigten Uebereinkommen der beiden Gemeinden gemäß vom 1. Jänner 1873 in's Leben zu treten.

Es haben daher von diesem Tage alle Geschäftsstücke des selbstständigen und übertragenen Wirkungskreises, welche die Bewohner des oben bezeichneten Gebietstheiles betreffen, an die Gemeinde Neulerchenfeld überzugehen, worin im Sinne des §. 4 der Gemeindeordnung hiemit die öffentliche Verlautbarung geschieht.

Erlaß der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 6. Jänner 1873,
Z. 38.954, Mag.-Z. 15.045,

enthaltend Normen für die Verpflegskostenvergütung für Kinder gegenüber den Gemeinden Kroatiens.

Das hohe k. k. Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 28. Dezember 1872, Z. 19.252, dem Refurse einer niederösterreichischen Gemeinde gegen die ihr von der Statthalterei auferlegte Verpflichtung zum Erfasse der erlaufenen Verpflegskosten an die Stadtgemeinde Agram für ein zu dieser niederösterreichischen Gemeinde zuständiges uneheliches Kind Folge gegeben, und dieselbe von der obigen Verpflichtung losgezählt, weil die k. kroatische Landesregierung in einer ähnlichen Verhandlung unterm 30. Juli 1870 erklärt hat, daß von Seite Kroatiens für die auswärts verpflegten Kinder kroatischer Mütter eine Verpflegungskostenvergütung nicht geleistet wird und in Handhabung des Reciprocitätsgrundsatzes dem zu Folge auch eine hierländische Gemeinde nicht verhalten werden kann, solche Kosten an eine kroatische Gemeinde zu vergüten, welchen Grundsatz das Ministerium des Innern in speziellen Fällen bereits wiederholt zur Geltung zu bringen in der Lage war.

In Betreff der von der Statthalterei angeordneten Uebernahme des fraglichen Kindes in die weitere Verpflegung der Zuständigkeitsgemeinde hat jedoch das h. Ministerium des Innern dem Refurse dieser Gemeinde in Hinblick auf die Bestimmung des Alinea 2 des §. 23 des Heimathsgesetzes vom Jahre 1863 keine Folge gegeben.

Hievon wird der Wiener Magistrat zur Darnachachtung in vorkommenden Fällen in die Kenntniß gesetzt.

Erlaß der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 12. Jänner 1873,
Z. 889, Mag. Z. 15.801,

womit die Kompetenz bei Excindirungsansprüchen in Folge politischer Executionen bestimmt wird.

Laut des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 7. Jänner 1873, Z. 5960, hat anläßlich einer zwischen den beteiligten Ministerien gepflogenen Verhandlung über die Kompetenz bei Excindirungsansprüchen in Folge politischer Executionen der k. k. Oberste Gerichtshof im Sinne des §. 16, lit. f des k. Patentens vom 7. August 1850, N. G. Bl. Nr. 325 beschlossen, nachstehenden Satz in das Judikatenbuch aufzunehmen:

Auch in den Fällen einer politischen Execution steht die Entscheidung über Privatansprüche dritter Personen, welche sich durch die vollzogene Execution in ihrem Besitze, Eigenthum oder anderen Rechten für gekränkt halten und die gänzliche oder theilweise Aufhebung der Execution bewirken wollen, sowie die nach Maßgabe des §. 3 des Hofdekretes vom 29. Mai 1845, J. G. S. Nr. 889 vorläufig zu bewilligende Sistirung weiterer Executionschritte den Gerichten zu.

Hievon wird der Magistrat zur Darnachachtung in vorkommenden Fällen in die Kenntniß gesetzt.

Erlaß der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 5. Jänner 1873,
Z. 38.995, Mag. Z. 8914,
die Eheschließungen der Altkatholiken betreffend.

Im Nachhange zu dem h. ä. Erlasse vom 4. März 1872 Nr. 951/Pr. — mit welchem den Regierungsorganen das Verhalten in Angelegenheiten der sogenannten Altkatholiken vorgezeichnet worden ist — wird der Magistrat in Folge Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 27. Dezember 1872 Nr. 14933 beauftragt, die zur amtlichen Kenntniß kommenden Fälle von Eheschließungen der Altkatholiken, denen das Ehehinderniß des §. 75 a. b. G. B. entgegensteht, in Gemäßheit des §. 94 ebendasselbst dem zur diesfälligen Untersuchung competenten Gerichtshofe mitzutheilen.

Kundmachung des n. ö. Landesauschusses vom 6. Jänner 1873, Z. 22.190
cx 1872,

wegen Erhöhung der Verpflegungsgelder für die Pflegeältern der Findlinge der Wiener Landesfindelanstalt vom Jahre 1873 angefangen und in Betreff einer besseren Controle der Beaufsichtigung der außer Wien in Pflege untergebrachten Findlinge.

1. Vom 1. Jänner 1873 angefangen wird den Pflegeältern der aus der Wiener Findelanstalt übernommenen Kinder, es mögen diese Letzteren bereits bei ihnen in Pflege sein oder erst übernommen werden.

- a) für ein Kind, bis es das erste Jahr zurückgelegt hat, monatlich 6 fl. oder jährlich 72 fl.;
- b) vom vollendeten ersten Jahre an bis zum zurückgelegten zweiten Jahre monatlich 5 fl. oder jährlich 60 fl.;
- c) vom vollendeten zweiten Jahre an bis zum zurückgelegten zehnten Jahre monatlich 4 fl. oder jährlich 48 fl. als Kostgeld bezahlt werden.

2. Vom 1. Jänner 1873 angefangen wird der Pflegepartei, welche ein Findelkind aus der Wiener Landesfindelanstalt übernommen hat:

- a) bei einer Verpflegung des Kindes bis zum vollendeten ersten Verpflegsjahre nebst dem Kostgelde noch eine besondere Remuneration von 10 fl. ö. W.;
- b) für die nächstfolgenden zwei Jahre der Verpflegung, d. i. vom ersten bis zum vollendeten dritten Verpflegsjahre, von weiteren 10 fl.;
- c) vom dritten bis zum vollendeten fünften Verpflegsjahre von weiteren 10 fl.;
- d) vom fünften bis zum vollendeten siebenten Verpflegsjahre von weiteren 10 fl.;
- e) vom siebenten bis zum vollendeten neunten Verpflegsjahre von weiteren 10 fl. und
- f) für das zehnte Verpflegsjahr des Findlings im Falle, als die Pflegepartei das Kind in der unentgeltlichen Pflege weiter behält, 10 fl., sonst aber bei nachgewiesener guter Pflege bis zum vollendeten zehnten Lebensjahre des Kindes 5 fl., somit für die ganze Verpflegsdauer eines Kindes bei ununterbrochener Verpflegung desselben 55 fl. eventuell 60 fl. Remuneration bewilligt.

3. Vom 1. Jänner 1873 angefangen wird jeder Amme der Wiener Landesfindelanstalt statt der bisherigen Entlohnung von täglich $4\frac{2}{3}$ kr. eine solche mit täglichen 10 kr. bei ihrem Austritte aus der Anstalt erfolgt.

4. Der Landesauschuß ist ermächtigt, den Landärzten für die Beaufsichtigung der nicht krank gemeldeten Findlinge, gelegentlich des Besuches erkrankter Findlinge Remunerationen zu erteilen, deren Bemessung von Fall zu Fall dem Ermessen des Landesauschusses überlassen

ist, zu welchem Zwecke vom hohen Landtage für das Jahr 1873 die Summe von 2500 fl. genehmigt wurde.

5. Alle jene anderen Aerzte, sowie alle Hebammen, Gemeinden, Vereine und Private, welche sich um die Findelkinderpflege und deren Erziehung besondere Verdienste erwerben, können vom Landesauschusse durch schriftliche Anerkennungen ausgezeichnet werden und sind dann deren Namen und beziehungsweise deren Wohnsitze dem Landtage bekannt zu geben.

(Landesgesetzblatt vom 9. April 1873, Nr. 25.)

Rundmachung des niederösterreichischen Landesauschusses vom 13. Februar 1872,

betreffend die Ausschreibungen der Landes- und Grundentlastungsfondsumlagen für das Jahr 1873.

In Gemäßheit des vom n. ö. Landtage in seiner Sitzung vom 10. Dezember 1872 gefassten Beschlusses, welchen Seine k. und k. Apostolische Majestät mit der Allerhöchsten Entschließung vom 30. Jänner 1873 allergnädigst zu genehmigen geruht haben, wird im Jahre 1873 zur Bedeckung der Landes- und Grundentlastungserfordernisse des Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns für den Landesfond eine

Umlage von zwanzig Neukreuzer,

für den Grundentlastungsfond eine Umlage von fünf Neukreuzer,

zusammen eine Umlage von fünfundzwanzig Neukreuzer von jedem Gulden sämmtlicher direkten Steuern, jedoch ohne Einbeziehung des außerordentlichen Zuschlages in der bisherigen Weise und unter Aufrechthaltung der bestehenden gesetzlichen Befreiungen eingehoben werden.

(Landesgesetzblatt vom 9. April 1873, Nr. 14.)

Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 14. Oktober 1872, Nr. 10.931, an die k. k. n. ö. Statthalterei, Mag. Z. 21.383,

betreffend die Gebühren- und Portofreiheit der evangelischen Lehranstalten.

Da sich hinsichtlich der Frage, ob die gemäß des Reichsvolksschulgesetzes als Privatanstalten anzusehenden (konfessionellen) evangelischen Lehranstalten bezüglich ihrer Korrespondenzen zur Entrichtung der Stempel- und Portogebühren verpflichtet sind, verschiedene Ansichten geltend gemacht haben, so wird im Einverständnisse mit dem Ministerium der Finanzen und des Handels der k. k. Statthalterei eröffnet, daß die fraglichen Korrespondenzen, insoferne dieselben zwischen den gedachten Anstalten und den ihnen kirchenverfassungsmäßig vorgesetzten Organen des Kirchenregimentes geführt werden, im Sinne der Tarif-Post 75 lit. b. des Gesetzes vom 9. Februar 1850 (R. G. Bl. Nr. 50) gebührenfrei sind und denselben im gleichen Falle des Art. II. Abth. 8 des Gesetzes vom 2. Oktober 1865 (R. G. Bl. Nr. 108) die Portofreiheit zusteht.

Mit Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 3. November 1872, Z. 32.638, Mag. Z. 167.960,

wurde in mehreren Exemplaren die Verordnung des k. k. Statthalters in Niederösterreich (gedruckt in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei), betreffend jene Maßre-

gel n, welche aus Anlaß der Cholera-Gefahr, beziehungsweise während des epidemischen Herrschens der Cholera durchzuführen sind, übermittelt.

Mit Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 28. Oktober 1872, Z. 30.667,
M. Z. 168.691

wurde dem Magistrate ein Exemplar der gedruckten Uebersicht der in Folge des Gesetzes vom 1. Juli 1872, N. G. B. Nr. 93, a. h. genehmigten neuen Landwehr-Bataillons-Abgrenzung, in welcher auch die vorläufigen Standorte der Cadres für die einzelnen Bataillone ersichtlich gemacht sind und wodurch die mit Erlaß des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung vom 10. Mai 1870, Z. 18.109, verlaubliche Uebersicht der Landwehrbataillons-Eintheilung außer Wirksamkeit gesetzt wird, zum Amtsgebrauche zugefertigt.

Zuschrift des n. ö. Landesauschusses vom 9. Dezember 1872, Z. 19.771,
Mag. Z. 96,

betreffend die bei n. ö. Schubstationen befindlichen ausweislosen, zur Abschiebung bestimmten ungarischen Landesangehörigen.

Nachdem wiederholt Klagen laut geworden sind, daß die ungarischen Gemeinden und Behörden die an sie gestellten Anfragen um Konstatirung der Zuständigkeit von zur Abschiebung bestimmten, bei n. ö. Schubstationen in Schubhaft befindlichen ausweislosen ung. Landesangehörigen und zumal Zigeunern verspätet und meist verneinend beantworten, wiewohl die Zuständigkeit durch früher erfolgte Abschiebungen außer Zweifel gestellt ist, und daß ferner die ungarischen Schüblinge nicht immer bis in ihre Heimatsgemeinde abgeschoben, sondern häufig sogleich nach dem Uebertritt auf ungarisches Gebiet freigelassen werden, hat sich der Landes-Ausschuß an das kgl. ung. Ministerium des Innern in Ofen um Abhilfe gewendet.

Eine Abschrift der dießfalls erfolgten Antwort-Note des königl. ung. Ministeriums des Innern wird der Schubstation zur Kenntnißnahme mit dem Ersuchen übersendet, vorkommende Anstände sogleich anher anzuzeigen, damit im Wege des genannten Ministeriums die erforderliche Abhilfe veranlaßt werde.

Beilage zur Zuschrift des n. ö. Landesauschusses vom 9. Dezember 1872,
Z. 19.771, Mag. Z. 96.

Note des königl. ung. Ministeriums des Innern an den n. ö. Landes-Ausschuß vom 4. November 1872, Z. 35.519.

In Folge der dortseitigen Zuschrift vom 17. Oktober l. J., Z. 60.076, sind sämtliche Behörden angewiesen worden, die Anfragen, welche an sie rücksichtlich der Zuständigkeit der dortseits beanständeten Personen gerichtet werden, unverzüglich zu beantworten und darauf zu achten, daß die Schüblinge in ihre Zuständigkeitsgemeinde abgeschoben werden.

Uebrigens, da es im allgemeinen Interesse der Sicherheit liegt, daß polizeilich beanständete Personen beim Uebertritt auf ungarisches Gebiet nicht freigelassen und so denselben die Rückkehr ermöglicht werde, dürfte es angezeigt sein, die zu ihrer Kenntniß gelangenden concre-

ten Fälle, besonders die betreffende schuldtragende Gemeinde oder Behörde, welche Schüllinge freigelassen hat, von Fall zu Fall anher namhaft zu machen.

Verordnung der k. k. Normal-Michungs-Kommission vom 21. Jänner 1873,
Z. 20, Mag. Z. 12.144,

die Pfanzeder'schen ober-schaligen Tafelwagen betreffend.

Mit dem hohen Erlasse des k. k. Handelsministeriums vom 17. Juli 1871, Z. 11617, ist Georg Pfanzeder angewiesen worden, ein Modell seiner k. k. ausschl. priv. ober-schaligen Tafelwage bei dem Hauptzimentirungsamte in Wien zu deponiren.

Marie von Waldmann und Laura Gräfin Kreith in München, in deren Eigenthum inzwischen das oberwähnte Privilegium des Georg Pfanzeder durch Cession übergegangen ist, haben nun durch ihren hierortigen Bevollmächtigten, Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Lothar Johann, ein Modell der Pfanzeder'schen ober-schaligen Tafelwage bei der k. k. Normal-Michungs-Kommission mit dem Ersuchen überreicht, dasselbe in Vollziehung des obcitirten höh. Ministerial-Erlasses dem Wiener Hauptamt zu übergeben.

Demgemäß wird der löbl. Magistrat eingeladen, das mitfolgende von der k. k. Normal-Michungs-Kommission in Uebereinstimmung mit der dem Privilegium des Georg Pfanzeder vom 22. Januar 1871, Z. $\frac{24760}{2248}$ zu Grunde liegenden Zeichnung befundene Muster einer ober-schaligen Tafelwage dem unterstehenden Hauptamt mit der Weisung hinaus zu geben, daß vorläufig mit Hinblick auf den §. 30 der Michordnung vom 19. Dezember 1872 (R. G. Bl. Nr. 171) und Punkt 11 der Instruktion VI. nur dem vorliegenden Muster entsprechende, ober-schalige Tafelwagen geacht und gestempelt werden dürfen.

Sollten derartige Wagen mit veränderter Konstruktion zur Michung und Stempelung gebracht werden, welche sohin dem mitfolgenden Modell (1 Tafelwage), auf welches sich die im Punkte 12 der Instruktion VI. für das Michen der Wagen enthaltene Beschreibung bezieht, nicht entsprechen, so sind selbe nach §. 30 der Michordnung der k. k. Normal-Michungs-Kommission zur Entscheidung über die Zulässigkeit vorzulegen.

Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 21. Jänner 1873, Z. 1608, Mag.
Z. 20.772,

die Einführung der metrischen Maße und Gewichte betreffend.

Um einer allfälligen irrigen Auffassung und Anwendung des Art. VIII. der neuen Maß- und Gewichtsordnung (Gesetz vom 23. Juli 1871 R. G. B. Nr. 16 ex 1872) von vornherein zu begegnen, und einen thunlichst gleichen Vorgang in allen im hohen Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern dießbezüglich zu erzielen, wird dem Wiener Magistrat in Gemäßheit des hohen Erlasses Seiner Excellenz des Herrn Handelsministers vom 11. Jänner d. J., Z. $\frac{37421}{2143}$ ex 1872, bekannt gegeben, daß es den Handel- und Gewerbetreibenden freisteht, vom 1. Jänner d. J. ab sich in ihrem öffentlichen Geschäftsverkehre auch ausschließlich der metrischen Maße und Gewichte (Art. XI. des Gesetzes) zu bedienen, nur

haben sie es in diesem Falle im Sinne der 2. Alinea des Art. VIII. des citirten Gesetzes im Geschäftslokale an Jedermann wahrnehmbarer Stelle durch Aufschrift ersichtlich zu machen.

Note der k. k. Bezirkshauptmannschaft Wr. Neustadt vom 26. Jänner 1873,
Z. 554, Mag. 15.210,

betreffend die Korrespondenz in Angelegenheiten, welche Parteien des Stadtgebietes Wr. Neustadt betreffen.

Indem man die geschätzte Note vom 10. d. M., Z. 10.071, dem hiesigen Stadtrathe zur Amtshandlung abtritt, beehrt man sich diensthöflich zu ersuchen, in Angelegenheiten, die Parteien des Stadtgebietes Wr. Neustadt betreffen, sich gefälligst unmittelbar an den hiesigen Stadtrath als politische Behörde des Stadtgebietes Wr. Neustadt mit Felixdorf und Haide wenden zu wollen.

Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 26. Jänner 1873, Z. 2530,
Mag. Z. 23.322.

Kranken-Verpflegskosten-Ersatz gegenüber dem Schweizer-Kanton Basel-Landschaft.

Das hohe Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 16. Jänner 1873, Z. 19799, anher eröffnet, daß nachdem mit dem Schweizer Kanton Basel-Landschaft ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Kostenvergütung für Verpflegung von armen erkrankten Angehörigen der beiden Staatsgebiete nicht besteht, laut einer anlässlich eines speziellen Falles anher gelangten Zuschrift des k. und k. Ministeriums des Außern dd. 16. Dezember 1872, Nr. 17.602, auch unsererseits auf einem derartigen Kostenersatze jener Kantons-Regierung gegenüber nicht bestanden werden kann.

Der genannte Kanton befindet sich somit bezüglich dieses Punktes zu Oesterreich-Ungarn thatsächlich, jedoch nicht vertragsmäßig, in dem nämlichen Verhältnisse, wie die Regierung des Kantons Bern.

Hievon wird der Wiener Magistrat mit Beziehung auf den hierortigen Erlaß vom 24. Februar 1865, Z. 7231, zur Darnachachtung in Kenntniß gesetzt.

Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 2. Februar 1873, Z. 1547, Mag.
Z. 26.171.

Matrikulirung der Geburts-, Tauf-, Sterbefälle und Trauungen von Altkatholiken.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß von den sogenannten altkatholischen Priestern fortan Trauungen, Taufen und Leichen-Einsegnungen vollzogen werden und dabei sich die Frage aufwirft, wieferne eine Eintragung dieser Akte in die von den katholischen Seelsorgern geführten Matriken zu geschehen habe, fand sich der Herr Minister des Innern laut des Erlasses vom 27. Dezember 1872, Nr. 9292, bestimmt, zu eröffnen, daß die mit der Matrikenführung von Seite der Staatsgewalt betrauten katholischen Seelsorger nicht verpflichtet werden können, die von altkatholischen Priestern vorgenommenen und zur Anzeige gebrachten Trauungen in die von ihnen geführten Register einzutragen.

Anbelangend die Geburts-, Tauf- und Sterbefälle von Altkatholiken obliegt es den zur Führung der betreffenden Matrizen legitimierten ordentlichen Seelsorgern des Sprengels, in welchem die betreffenden Fälle sich ergeben haben, diese einzutragen.

Bezüglich der Trauungen ist bereits den sämtlichen hierländigen politischen Bezirksbehörden und der k. k. Polizei-Direktion in Wien mit dem a. h. Erlasse vom 5. Jänner 1873, Nr. 38.995, auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 27. Dezember 1872, Nr. 14.993, bedeutet worden, daß die zur amtlichen Kenntniß kommenden Fälle von Eheschließungen der Altkatholiken, denen das Ehehinderniß des §. 75 a. b. G. B. dem zur diesfälligen Untersuchung kompetenten Gerichtshofe mitzutheilen sind.

Betreffend die Matrikulirung der Todesfälle, wurde auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 12. Oktober 1872, Nr. 14.934, mit h. ä., an die politischen Bezirksbehörden und die Polizei-Direktion gerichteten Erlasse vom 17. Oktober 1872, Nr. 30.919 angeordnet, daß die mit den Grabstellen-Anweisungen betrauten Organe bei Hinausgabe von derlei Anweisungen für verstorbene Altkatholiken sofort ein Duplikat der Anweisung dem zur Matrikulirung des Todesfalles verpflichteten katholischen Pfarrer behufs der Eintragung in die Matrix zu übermitteln haben.

Nachdem somit die Matrikulirung der Todesfälle von Altkatholiken und der Vorgang bezüglich der zur amtlichen Kenntniß kommenden Fälle von Eheschließungen der Altkatholiken hierlands geregelt erscheint, so handelt es sich gegenwärtig nur noch um die Bestimmung bezüglich der Mittheilung der Geburts- und Tauffälle von Altkatholiken an den zur diesfälligen Matrizenführung berufenen ordentlichen katholischen Seelsorger.

In dieser Beziehung finde ich Nachstehendes anzuordnen.

Zur Erstattung der Geburts-, beziehungsweise Taufanzeige und zwar in Wien und in dem Wiener Polizeirayon bei dem betreffenden Bezirks-Polizei-Kommissariate, in Wiener Neustadt und Waidhofen a. d. Ybbs bei dem Stadtrathe und in den übrigen Gemeinden des Landes bei dem betreffenden Gemeindevorsteher, ist in erster Linie der eheliche Vater des Neugeborenen verpflichtet.

Ist der Vater nicht anwesend oder außer Stande die Anzeige zu erstatten, oder handelt es sich um ein uneheliches Kind, so ist die Anzeige von dem Geburtshelfer oder der Hebamme, in deren Ermangelung von demjenigen zu erstatten, in dessen Wohnung das Kind geboren wurde.

Tritt von keiner Seite der Fall dieser Anzeige-Erstattung ein, so ist die Mutter verpflichtet, die Anzeige zu erstatten.

Diese Anzeige ist längstens binnen 3 Tagen nach der Geburt beziehungsweise Taufe zu erstatten.

Die Handhabung der Strafgewalt im Sinne der Ministerialverordnung vom 30. September 1857, N. G. Bl. Nr. 198, bei Unterlassung der behördlich angeordneten Anzeige, sowie bei Ueberschreitung der vorgezeichneten Frist, steht in Orten, wo sich eine landesfürstliche Polizeibehörde befindet, dieser Behörde, und wo dies nicht der Fall ist, der politischen Bezirksbehörde zu.

Die zur Entgegennahme dieser Anzeige berufenen öffentlichen Organe haben die Verpflichtung, die bei ihnen gemachten Anzeigen nach vorangegangener Sicherstellung aller für die Matrikulirung erforderlichen Daten ungesäumt dem kompetenten ordentlichen Seelsorger mitzutheilen.

Für den eventuellen Fall, daß Geburten beziehungsweise Taufen von Altkatholiken in Straf-, Gebär-, Findel-, Kranken-, Zwangsarbeits- und anderen Anstalten vorkommen sollten, wird die Oberverwaltung der drei Wiener k. k. Krankenanstalten beauftragt, ferner das Präsidium des k. k. Oberlandesgerichtes in Wien, beziehungsweise der n. ö. Landesauschuß ersucht, die Veranlassung zu treffen, daß die bezügliche Anzeige von dem Vorsteher der Anstalt dem betreffenden ordentlichen katholischen Seelsorger zukomme.

Ebenso erfolgt unter Einem die Verständigung der beiden hierländigen Ordinariate behufs der entsprechenden Anweisung des unterstehenden Diöcesanklerus.

Hievon werden die politischen Bezirksbehörden und die Wiener Polizei-Direktion zur weiteren Veranlassung in die Kenntniß gesetzt.

**Auszug aus dem Erlasse des k. k. Statthalters für Niederösterreich vom
26. Februar 1873, Z. 931, Mag. Z. 38.527,
betreffend die Herstellung einer neuen Obliterirungsfarbe.**

Nachdem die k. k. Hof- und Staatsdruckerei-Direktion eine auch für Selbstbefeuchtungs-Stampiglien geeignete Obliterirungsfarbe hergestellt hat, welche den zur Entfernung derselben angewendeten Chemikalien einen ausreichenden Widerstand leistet, so wird angeordnet, daß sich von nun an der von der Staatsdruckerei erzeugten Obliterirungsfarbe, welche um den Selbstkostenpreis abgegeben wird, bedient werde.

II.

Gemeinderaths-Beschlüsse.

Vom 28. Jänner 1873, Z. 6270.

Die Entlohnung des städt. Bauaufsehers für die Brigittenau und Zwischenbrücken, Anton Danzer, wird von 1 fl. 50 kr. auf 1 fl. 65 kr. pr. Tag erhöht.

Vom 28. Jänner 1873, Z. 6987.

Der Gemeinderath beschließt: Die Randsteine und Deckplatten für Einwurfslöcher in den Trottoirs dürfen künftighin aus keinem anderen Steinmateriale als Granit angefertigt werden und ist diese Bestimmung jedem Gefuchsteller ausdrücklich aufzuerlegen.

Vom 14. Februar 1873, Z. 6945 und 6995.

Bezüglich der Schulen vor der Favoritenlinie wird beschlossen, vom nächsten Schuljahre an die Schule in der Quellengasse Nr. 18 in eine Knaben- und Mädchenschule zu trennen und einen zweiten Oberlehrer zu bestellen, in der Simbergerstraße Nr. 30 aber mit 3 oder 4 Klassen eine neue gemischte Schule mit einem eigenen Oberlehrer zu eröffnen.

Vom 21. Februar 1873, Z. 649.

Die Taggelber der Diurnisten des Magistrats werden für die Zeit vom 1. März 1873 bis Ende Dezember 1873 von 1 fl. 25 kr. auf 1 fl. 50 kr. erhöht.

Vom 28. Februar 1873, Z. 736.

Der Gemeinderath erklärt sich mit der Entscheidung des k. k. n. ö. Landesschulrathes vom 8. Dezember v. J., Z. 4279, wonach Lehrern die als Stipendisten zugebrachte Dienstzeit bei Bemessung der Dienstalterszulagen anzurechnen ist, einverstanden.

Vom 28. Februar 1873, Z. 359.

Adalbert Jubrzycky wird als Dolmetsch am Floridsdorfer-Bahnhofs und am St. Marger Schlachtviehmarkte mit einer Entlohnung von 5 fl. per Tag der Verwendung bestellt.

Vom 28. Februar 1873, Z. 6384.

Die Remuneration des Organisten in der freiwilligen Arbeitsanstalt wird von 30 fl. auf 50 fl. per Jahr erhöht.

Vom 28. Februar 1873, Z. 858.

Den 8 technischen Diurnisten der Buchhaltung wird für die Zeit vom 1. März bis Ende Dezember 1873 das Taggeld um 25 kr. erhöht, was eine Gesamtauslage von 612 fl. repräsentirt.

Vom 28. Februar 1873, Z. 922.

Leopold Holzer wird mit der Beaufsichtigung der von der Kommune angekauften Realität „Jakobshof“ in Klosterneuburg, sowie mit der Bestellung des Gartens betraut und demselben vom 25. Februar v. J. an ein Monatsgehalt von 25 fl. und die Belassung seiner Naturalwohnung bewilligt.

Vom 14. März 1873, Z. 351.

Der Traiteurswitwe Mittermayer im Versorgungshause zu St. Andrä wird die Aufzählung von $\frac{6}{10}$ Kreuzer pro Portion bei einem Rindfleischpreise von 24 Kreuzer pro Pfund angefangen bewilligt.

Vom 14. März 1873, Z. 847.

Der Magistrat hat die Vorsorge zu treffen, daß bis 15. Oktober jeden Jahres sämtliche Schulen mit Armenbüchern versehen sind und zu diesem Behufe die Ortschulräthe um die Vorlage dießbezüglicher Verzeichnisse zu ersuchen.

Vom 28. März 1873, Z. 1313.

Den Haimarbeitern im Zimentirungsamt wird der Taglohn von 1 fl. auf 1 fl. 30 kr. erhöht.

Vom 1. April 1873, Z. 1448.

Den Strecken-Ingenieuren der II. Oheringenieurs-Abtheilung, welche außer den Linien Wiens in Verwendung stehen und welchen der frühere Bezug einer Zulage hiesfür per 30 fl. monatlich anlässlich des allen Streckeningenieuren im vorigen Jahre ertheilten Wohnungsbeitrages eingestellt wurde, wird der Fortbezug obiger Zulage für den Fall ihrer Verwendung außer den Linien Wiens zugestanden.

Vom 8. April 1873, Z. 1610.

Den mit 3 fl. per Tag dotirten Aushilfs-Technikern des Stadtbauamts wird das Diurnum auf 4 fl. und dem Architekten und Diurnisten Mojsifovics das Diurnum von 4 fl. auf 6 fl. erhöht.

III.

Magistrats-Verordnungen und Verfügungen.

Currende des Magistrats-Direktors vom 21. Februar 1873, M. D. Z. 71,
an sämtliche Amtsvorstände,

betreffend die abgesonderte Aufbewahrung von wichtigen Aktstücken durch die Registratur.

In der am 30. Dezember 1872 stattgehabten „Konferenzsitzung sämtlicher Amts- und Abtheilungs-Vorsteher“ wurde der Beschluß gefaßt: „daß Verträge, Protokolle und dergleichen Schriftstücke, welche zwar nicht bleibende Rechte für die Kommune begründen und daher nicht dem Archive instruktionsgemäß zur Aufbewahrung zugewiesen werden können, — die jedoch andererseits (wie dies bei größeren Lieferungsverträgen und sonstigen wichtigen Abschlüssen der Fall ist) für die Gemeinde Wien von besonderem Belange sind, — vorsichtsweise von dem Gesamt-Akte getrennt und von der Registratur-Direktion in abgesonderte und sichere Aufbewahrung genommen werden sollen.“

Nachdem der Registratur-Direktion hierdurch eine vermehrte Verantwortung auferlegt wird, so ist es andererseits nothwendig, daß solche Schriftstücke von dem betreffenden Bureau

mittelft ausdrücklichen Bescheides und besonderen Abgabsbuches der Registratur-Direktion „zur Aufbewahrung unter den Verträgen“ gegen eigenhändige Empfangsbestätigung zugemittelt werden.

Die auf diesen Schriftstücken befindlichen sämtlichen Stempelmarken sind schon im Bureau vorschriftsmäßig zu durchstreichen und mit dem Kontrollstempel zu versehen; auch ist auf dem Akte selbst die Trennung der betreffenden Urkunde von demselben im Bureau in deutlicher Weise anzumerken, was nicht absolut zum Vertrage gehört, ist beim Akte selbst zu belassen.

Die Registratur-Direktion wird dagegen beauftragt, solche ihr auf besonderem Wege zugemittelte Verträge unter Verschlusse aufzubewahren und über dieselben einen Index zu führen.

Chronik der Verwaltung.

(Tod Ihrer Majestät der Kaiserin Karoline Auguste.) In dankbarer Anerkennung und Verehrung der hohen Verstorbenen gab der Gemeinderath seinem tiefgefühlten Beileide über das Hinscheiden Ihrer Majestät der Kaiserin Karoline Auguste durch Erheben von den Sitzen Ausdruck und beauftragte den Herrn Bürgermeister, dies in geziemender Weise zur Kenntniß Seiner Majestät des Kaisers zu bringen. (G.-R.-Bschl. v. 11. Februar 1873.)

Die Mittheilung des Herrn Bürgermeisters über den Empfang der Deputation, welche Seiner Majestät dem Kaiser das Beileid anlässlich des Ablebens Ihrer Majestät der Kaiserin auszudrücken hatte, wurde zur Kenntniß genommen. (G.-R.-Bschl. v. 18. Februar 1873.)

(Vermählung Ihrer k. und k. Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela.) Zur feierlichen Begehung des Vermählungsfestes Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Gisela wurde unter dem Voritze des Herrn Bürgermeisters eine Commission, bestehend aus den Herren Gemeinderäthen Passrath, Uhl, Magenauer, Starnbacher, Leskier und Spaeth, gewählt. (G.-R.-Bschl. v. 24. u. 28. Jänner 1873.)

(Grenzen der Gemeindebezirke.) Der Gemeinderath genehmigte bezüglich der Feststellung der Grenze zwischen dem ersten und neunten Bezirke, daß auch zwischen diesen Bezirken die Lastenstraße als Grenze zu dienen habe. (G.-R.-Bschl. v. 3. Jänner 1873.)

(Gemeindevahlordnung.) Die Mittheilung des Herrn Statthalters für Niederösterreich, daß der n. ö. Landtag auf das Ansuchen des Gemeinderathes um Erwirkung eines Landesgesetzes für die vorgelegte Gemeindevahlordnung für Wien nicht einzugehen befunden habe, wurde zur Kenntniß genommen. (G.-R.-Bschl. v. 10. Jänner 1873.)

Rücksichtlich der Vertheilung der zu wählenden Gemeinderäthe trat heuer insoferne eine Aenderung derart ein, daß im I. Bezirk statt 18 nur 17, im II. Bezirk statt 4 dagegen 5 Wahlen vorzunehmen sind, so daß die Zahl der Gemeinderäthe des 1. Wahlkörpers im I. Bezirke um einen vermindert, dagegen die Anzahl derselben im II. Bezirk um einen vermehrt wurde.

(Wahlen.) Am 6. Februar 1873 wurden neuerdings Dr. Julius Newald und Franz Rhunn zu Bürgermeister-Stellvertretern gewählt.

Der Gemeinderath genehmigte am 21. Jänner 1873 die

im	III. Bezirk,	3. und 2. Wahlkörper,
"	IV. "	3. Wahlkörper,
"	V. "	3. und 1. Wahlkörper,
"	VI. "	3. Wahlkörper,
"	VII. "	3. "
"	VIII. "	3. " und
"	IX. "	3. " stattgefundenen Ergänzungs-

wahlen für den Gemeinderath. Es werden sohin die Wahlen der Gemeinderäthe: Jakob Fronz, Ludwig Schember, Josef Zeiza, Josef Wüßl, Johann Umlauf, Wilhelm Ostwald, Heinrich Drnauer, Josef Reitter, Johann Heinrich Steudel, Heinrich Gerhart, Stefan Paschka, Eduard Brandmayer, Karl Baugoin, Josef Scheffer, Michael v. Gassenbauer, Franz Sigmund, Johann Ferdinand Schrank, Alexander Riß, Ba-

rechtes der Stadt Wien an die Voraussetzung der österreichischen Staatsbürgerschaft des mit dem Ehrenbürgerrechte Auszuzeichnenden nicht gebunden zu sein und es hat hiernach der Gemeinderath, von näheren Erhebungen im Sinne des Statthaltereierlasses vom 3. Mai l. J. 3. 1987/3. U. über die Staatsbürgerschaft des Dr. Hans Kudlich absehend, die Bitte gestellt, daß die mit dem erwähnten Statthaltereierlasse ausgesprochene Sistirung des die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Wien an Dr. Hans Kudlich betreffenden Gemeinderathsbeschlusses vom 2. Mai l. J. aufgehoben werde.

Zur Begründung seines Beschlusses hat sich der Gemeinderath in der Wesenheit einerseits auf die im §. 18 der provisorischen Gemeindeordnung für die Stadt Wien vom 9. März 1850 enthaltenen Bestimmung, wonach die Gemeinde berechtigt ist, ausgezeichneten Männern ohne Rücksicht auf deren Wohnsitz das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, anderseits auf vorgekommene thatsächliche Fälle, in denen die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Wien an Ausländer ohne Einsprache der Behörde stattgefunden hat, berufen.

Ich vermag jedoch diese Begründung nicht als stichhältig anzuerkennen. Was zunächst die Berufung auf den §. 18 der Wiener Gemeindeordnung betrifft, so muß ich bemerken, daß in Beziehung auf das Ehrenbürgerrecht von Wien nicht der citirte Paragraph allein, sondern theilweise auch die bezüglich der Verhältnisse der Gemeindeglieder überhaupt geltenden Bestimmungen der Wiener Gemeindeordnung als maßgebend anzusehen sind. Das Ehrenbürgerrecht bildet nach natürlichem Begriffe nur eine Unterart des Bürgerrechtes in der Gemeinde überhaupt; der Ehrenbürger ist aber auch Bürger in der Gemeinde. Die besondern Merkmale, durch welche sich das Ehrenbürgerrecht von dem Gemeindegliederrechte überhaupt unterscheidet, sind Abweichungen oder Ausnahmen von den bezüglich des Gemeindegliederrechtes überhaupt geltenden allgemeinen Bestimmungen; in wie weit solche Ausnahmen im Gesetze nicht ausdrücklich ausgesprochen sind, müssen die allgemein geltenden gesetzlichen Bestimmungen als maßgebend anerkannt werden. Bezüglich der Gemeindeglieder von Wien sind die allgemein geltenden Bestimmungen in den §§. 5, 14, 17 und 24 der Wiener Gemeindeordnung enthalten; diese Bestimmungen gelten auch bezüglich der Ehrenbürger, insoweit nicht die rücksichtlich derselben im §. 18 der Wiener Gemeindeordnung enthaltenen ausnahmsweisen Bestimmungen Anwendung finden. Was hiernach speziell die Frage der Staatsbürgerschaft betrifft, so setzt der §. 5 der Wiener Gemeindeordnung ausdrücklich fest, daß nur österreichische Staatsbürger Gemeindeglieder von Wien sein können; nach §. 14 geht das Bürgerrecht von Wien durch den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft verloren.

Nach diesen Bestimmungen ist es ein regelmäßiges Erforderniß, daß der Bürger von Wien österreichischer Staatsbürger sei. Eine Ausnahme von dieser Regel ist bezüglich der Ehrenbürger von Wien im §. 18 der Wiener Gemeindeordnung weder ausdrücklich statuiert, noch läßt sich eine solche aus der in diesem Paragraphen enthaltenen Bestimmung, daß das Ehrenbürgerrecht ohne Rücksicht auf den Wohnsitz verliehen werden kann, folgern; denn Staatsbürgerschaft und Wohnsitz sind nicht identische Begriffe, der Wohnsitz bedingt auch nicht die Staatsbürgerschaft und jene im §. 18 der Wiener Gemeindeordnung enthaltene Bestimmung ist demnach nicht dahin zu interpretiren, daß diese Verleihung ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft stattfinden kann. Diese Auslegung findet ihre zweifellose Bestätigung in der weiter im §. 18 der Wiener Gemeindeordnung enthaltenen Bestimmung, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes die Theilnahme an allen Rechten der Gemeindeglieder begründet. Da nämlich zu den Rechten der Gemeindeglieder nach §. 24 der Wiener Gemeindeordnung, beziehungsweise nach §. 12 der Landtagswahlordnung für Oesterreich unter der Enns, auch ein speziell politisches Recht, nämlich das Wahlrecht gehört und da politische Rechte nach ihrer Natur nur von Staatsangehörigen ausgeübt werden können, so setzt offenbar die Gemeindeordnung von Wien auch bei den Ehrenbürgern die österreichische Staatsbürgerschaft voraus. Die gegentheilige Auslegung würde mit dem Geiste der ganzen österreichischen Gemeindegesetzgebung im Widerspruche stehen und es ließe sich dieser Widerspruch durch die vom Gemeinderathe hervor gehobene Bedeutung der Stadt Wien als Großstadt nicht rechtfertigen.

Was endlich die vom Gemeinderathe berufenen drei Fälle der Verleihung des Wiener Ehrenbürgerrechtes an Ausländer betrifft, so bemerke ich, daß zwei dieser Fälle in einer Zeit vorgekommen sind, wo die dormalen in Kraft bestehende provisorische Gemeindeordnung für Wien noch nicht erlassen war, daß somit die positive Grundlage der gesetzlichen Beurtheilung für jene Fälle und für den gegenwärtig in Frage stehenden, lediglich nach der jetzt geltenden Wiener Gemeindeordnung zu beurtheilenden Fall wesentlich verschieden ist. Was den dritten berufenen Fall anbelangt, so lassen es selbst die Auseinandersetzungen in dem geschätzten Schreiben Euerer Hochwohlgeboren in Zweifel, ob die Persönlichkeit, um welche es sich hiebei handelt, österreichischer Staatsbürger oder Ausländer war; jedenfalls ist die Annahme nicht unberechtigt, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes damals im guten Glauben geschah, daß sie an einen österreichischen Unterthan erfolgt sei. Wie dem aber auch sei, so würden einzelne gegentheilige Fälle die richtige Anwendung des Gesetzes nicht zu präjudiciren vermögen.

Da ich nach den vorstehenden Auseinandersetzungen die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Wien an einen Ausländer als der Gemeindeordnung für die Stadt Wien zuwiderlaufend ansehe, und da in Betreff des Dr. Hans Kudlich ein Nachweis, daß derselbe die österreichische Staatsbürgerschaft besitze, nicht geliefert worden, im Gegentheile thatsächliche Umstände dafür sprechen, daß er nach dem Staatsvertrage vom 20. September 1870 (R. G. Bl. 1771 Nr. 14) für einen Bürger der vereinigten Staaten von Nordamerika zu halten sei, so bin ich nicht in der Lage, von der mit dem Statthaltereierlasse vom 3. Mai l. J., 3. 1987 ausgesprochenen Sistirung des Gemeinderathsbeschlusses vom 2. Mai l. J., womit dem Dr. Hans Kudlich das Ehrenbürgerrecht von Wien verliehen worden ist, abzugehen, finde vielmehr auf Grund des §. 107/Pr. der Wiener Gemeindeordnung diesen Gemeinderathsbeschuß für ungesetzlich und unwirksam zu erklären.

Ich beehre mich Euerer Hochwohlgeboren zu ersuchen, von dieser Entscheidung dem Gemeinderathe gefälligst mit dem Beifügen Kenntniß zu geben, daß es demselben freistehe, dagegen den Refers an das hohe k. k. Ministerium des Innern zu ergreifen.

Genehmigen etc. etc.

Wien, 30. Dezember 1872.

(Auszeichnungen). Die zweifache große goldene Salvator-Medaille wurde verliehen dem Bürgermeister-Stellvertreter Franz Khunn. (G. N. Beschl. vom 18. März 1873.)

Die große goldene Salvator-Medaille wurde verliehen:

Dem Armenbezirksdirektor der Pfarrei Josefstadt Franz Holzinger. (G. N. Beschl. vom 21. Jänner 1873.)

Dem gewesenen Armenbezirksdirektor der Pfarrei St. Elisabeth Michael Ehrenfeld. (G. N. Beschl. vom 21. Jänner 1873.)

Dem Direktor der Schule bei Sct. Rochus im Bezirke Landstraße Anton Köhler. (G. N. Beschl. vom 14. März 1873.)

Dem Armenvater im Pfarrbezirke Matzleinsdorf Josef Bing. (G. N. Beschl. vom 18. März 1873.)

Dem Armenvater im Pfarrbezirke Matzleinsdorf Anton Piller. (G. N. Beschl. vom 18. März 1873.)

Dem Armenvater im Pfarrbezirke Alservorstadt Franz Smelsky. (G. N. Beschl. vom 29. April 1873.)

Dem Schatzmeister und Vorstände des k. k. Hofwaffenmuseums Quirin Leitner in Anerkennung seiner in uneigennützigster Weise besorgten Sichtung und Einrichtung des städtischen Waffensmuseums. (G. N. Beschl. vom 16. Mai 1873.)

Dem Hofschauspieler Karl La Roche wurde in Anbetracht seiner hervorragenden künstlerischen Leistungen und seines humanen Wirkens das Bürgerrecht der Stadt Wien taxfrei verliehen. (G. N. Beschl. vom 7. März 1873.)

Ebenso wurde dem Armenbezirksdirektor Daniel Otte das Bürgerrecht der Stadt Wien taxfrei verliehen. (G. N. Beschl. vom 20. Mai 1873.)

Dem Magistratsdirektor Wilhelm Grohmann wurde in Anerkennung seiner ausgezeichneten und ersprießlichen Dienstleistung eine Personalzulage von jährlichen 1200 fl. verliehen. (G. N. Beschl. vom 24. Juni 1873.)

(Dienstesaustritte). Aus dem städtischen Dienst sind ausgetreten: Der Konzipist Josef Victorin am 10. Juni 1873, der Konzipist Dr. Karl Zipperer-Arbach am 3. Jänner 1873, der Direktionsadjunkt des Konstriptionsamtes Michael Eiteljörg am 6. Februar 1873, der Oberingenieur Georg Haufmann und der Ingenieur Wilhelm Köllig am 4. April 1873, der Ingenieur Heinrich Gravé und die Ingenieurs-Adjunkten des Bauamtes Leopold Funk, Theodor Hödl und Titus Neugebauer am 4. April 1873, dann der Oberkammeramts-Offizial Hans Fidler am 15. April 1873.

(Sterbefälle). Gestorben sind aus dem aktiven Beamtenstande: Der Kanzlei-Offizial Ferdinand Petrasch am 29. December 1872, der Buchhaltungs-Offizial Viktor Sauer am 31. Dec. 1872, der Marktkommissär Wilhelm Mitt. v. Wildeisen am 30. Jänner 1873.